

Wird die neue EU-Chemikaliengesetzgebung den Erwartungen für die öffentliche Gesundheit gerecht?

Gwynne Lyons

Zusammenfassung

Mit der bisherigen EU-Chemikaliengesetzgebung wurde keine besonders hohe Qualität des Gesundheitsschutzes erreicht. Statistiken beispielsweise über den Zusammenhang zwischen Belastungen am Arbeitsplatz und schlechter Gesundheit mit Tausenden von Betroffenen machen das überdeutlich. Es wird geschätzt, dass in Großbritannien jährlich 29.000 Menschen an arbeitsbedingten Hauterkrankungen leiden, und 142.000 Menschen berichten von berufsbedingten Atem- oder Lungenproblemen. Weitere arbeitsbedingte Krankheiten sind unter anderem mindestens 1.500-2.500 Asthmafälle pro Jahr und geschätzte 6.000 Krebstote.

Die neue EU-Gesetzgebung, die im Juni 2007 in Kraft getreten ist, soll den Mangel an Informationen über die Gefahren durch Chemikalien wettmachen. Die REACH-Gesetzgebung (steht für: Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals = Erfassung, Beurteilung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien) sieht vor, dass von Substanzen, die in Mengen von mehr als einer Tonne pro Jahr gehandelt werden, Sicherheitsdaten gesammelt werden müssen und verlangt mehr Testungen.

(Der obige Beitrag basiert auf einer Stellungnahme vom November 2007, Herausgeber: Health and Environment Alliance – HEAL (www.env-health.org) – erstellt im Rahmen des „Chemicals Health Monitor Project“ (<http://www.chemicalshealthmonitor.org>); deutsche Version: Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt – ÄGU (www.aegu.net) und Ökologischer Ärztenbund (www.oekologischer-aerztebund.de); die Übersetzung erfolgte durch Dr. Michaela Deu)

umwelt medizin gesellschaft 2008; 21(4): 311-313

Autorin: Gwynne Lyons, CHEM Trust, PO BOX 56842, London N21 1YH, United Kingdom, E-Mail: gwynne.lyons@chemtrust.org.uk, Website: www.chemtrust.org.uk.